

Ex-Radar-Soldaten drohen mit Hungerstreik

**Totenwache krebserkrankter Allgäuer vor
Verteidigungsministerium bleibt erfolglos**

Kaufbeuren/Berlin (avu). An Krebs erkrankte ehemalige Radar-Soldaten wollen nun zu drastischen Mitteln greifen: Nach Angaben des Allgäuer Beauftragten des Bundes zur Unterstützung Strahlengeschädigter, dem Kaufbeurer Heinz Dankenbring, ist ein Hungerstreik der Betroffenen vor dem Bundesverteidigungsministerium geplant. "Unser letztes Mittel, um Minister Rudolf Scharping zum Handeln zu bewegen", so Dankenbring.

Die jüngst angesetzte Mahn- und Totenwache vor dem Bundesverteidigungsministerium habe nicht den gewünschten Erfolg gebracht, so Dankenbring. 26 Stunden hatte der "harte Kern" von fünf Betroffenen seine Zelte aufgeschlagen. An einem Informationsstand konnten sich Besucher in die Unterstützerlisten eintragen. Laut Dankenbring beteiligten sich über den gesamten Zeitraum rund 250 erkrankte ehemalige Soldaten, Witwen und Enkel aus der gesamten Bundesrepublik. Die Reaktion aus dem Verteidigungsministerium fiel jedoch nicht wie erwartet aus. Anerkennend bemerkt der Kaufbeurer zwar, dass es ein "sehr nettes" Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin, Brigitte Schulte, gegeben habe. Allerdings habe sie keine konkreten Zusagen gemacht. "Es war eigentlich nur wieder Bla-bla."

Die erkrankten Radarsoldaten werfen der Bundeswehr vor, von den Gefahren durch Röntgenstrahlen bei der Arbeit am Radar in den 60er- und 70er-Jahren gewusst und nicht für ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gesorgt zu haben. Bei einer Berliner Rechtsanwaltskanzlei sind laut Unterstützerbund mittlerweile mehr als 60 ehemalige Soldaten aus dem Allgäu registriert, insgesamt hätten sich über 1200 Betroffene gemeldet. Trotz seiner Zusagen auf "streitfreie, schnelle Lösungen" werfen sie Verteidigungsminister Rudolf Scharping mit Hinweis auf immer neue Arbeitsgruppen und Gutachten "Verzögerungstaktik" vor. Beispiel: Nun sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, denen teilweise auch Dankenbring angehörte und in denen Radararbeitsplätze rekonstruiert wurden, in neuen Arbeitsgruppen ausgewertet werden. "Das wird immer nur weitergereicht", sagt er.

Nun sollen laut Dankenbring die ersten, mehrfach verschobenen Musterklagen gegen das Verteidigungsministerium bezüglich der Fälle nicht amerikanischer Radargeräte auf den Weg gebracht werden. Die Verzögerungen habe es wegen der Verhandlungen über separate Klagen in den USA gegen die Hersteller amerikanischer Geräte gegeben. Es gehe um Schadenersatz und Schmerzensgeld. In der Kasse des Unterstützungsbundes seien mittlerweile 100 000 Euro an Spenden zur Finanzierung der Klagen zusammen gekommen.

"Scharping aufrütteln"

Trotzdem wollen die Betroffenen nun "zum letzten Mittel" greifen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dankenbring will mit den Vorbereitungen für einen Hungerstreik vor dem Verteidigungsministerium beginnen. Es gehe dabei um Genehmigungen, Zelte und ärztliche Betreuung, da die erkrankten ehemaligen Soldaten ohnehin gesundheitlich angeschlagen seien. "Vielleicht können wir damit Scharping und sogar den Kanzler aufrütteln."